

Die Reichs-Verfassung ist durch den Reichstag und die Reichsversammlung... (text continues)

Die schneidende Monarchie... (text continues)

FR I E N D L I C H E

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Programm Poincarés

Erklärungen in der französischen Kammer

Paris, 19. Januar.

In der heutigen Kammer Sitzung wird nach Verlesung der ministeriellen Erklärung durch Poincaré sofort in die Beratung der vorliegenden Interpellationen eingetreten werden. Im Senat wird Kriegsminister Briand die ministerielle Erklärung verlesen. Dort ist vorerst eine Besprechung über die allgemeine Politik der Regierung nicht geplant.

Die ministerielle Erklärung

Paris, 18. Januar. (Savas.)

Die ministerielle Erklärung, die Poincaré dem Ministerrat zur Genehmigung vorlegen wird, umfaßt zwei Teile. Der eine beschäftigt sich mit der inneren Politik, der andere mit der äußeren Politik.

Die Erklärung erwähnt zunächst in lobender Weise die Ansprachen, die Bourgeois und Peret im Senat bezug. in der Kammer bei ihrer Wiederwahl zu Präsidenten dieser Versammlungen gehalten haben. Die Regierung werde sich die darin ausgesprochenen Gedanken bei der Erfüllung der Aufgabe, die sie übernommen habe und deren Schwierigkeiten sie sich nicht verhehle, zunutze machen. Sie rechne damit, daß ihr das Vertrauen des Parlaments nicht fehlen werde, um die Aufgabe zum guten Ende zu führen. Kammer und Senat hätten bereits große und loyale Anstrengungen gemacht, indem sie das Budget für 1922 vor dem Schluß ihrer außerordentlichen Session erledigt hätten. Künftig werde man sich nicht mehr mit den provisorischen Budget-entwürfen behelfen. Deshalb verpflichtete sich das Kabinett, in Kürze den Budgetentwurf für 1923 vorzulegen. Bevor die Kammer in der Lage sein werde, das Budget zu prüfen, werde sie von wichtigen Arbeiten in Anspruch genommen sein, wie von der Verabschiedung des Budgets der zuzunehmenden Ausgaben, der Gesetze für die nationale Verteidigung, die mit der Verkürzung der militärischen Dienstzeit in Einklang gebracht werden müßten, und endlich der Verabschiedung der Gesetze über die soziale Solidarität.

Der Teil der Erklärung, der sich mit der auswärtigen Politik befaßt, bekräftigt die Sorge der Regierung, die Allianzen Frankreichs aufrechtzuerhalten und zu befestigen, ebenso wie ihren Willen, sich auf den Vertrag von Versailles zu stützen. Bezüglich der auf der Tagesordnung stehenden Fragen wie der Konferenz von Genua ist das Kabinett der Ansicht, wie Poincaré bereits bei Gelegenheit erklärt hat, daß Frankreich im voraus von den Sowjets Sicherheiten fordern müsse. Deutschland, das seine Unterzeichnung unter den Vertrag von Versailles gelehrt habe, müsse sich endlich entschließen, seine Verpflichtungen zu halten und die von ihm verursachten Ruinen wiederherzustellen.

Am Schluß appelliert die Erklärung an die nationale Einigkeit im Interesse der Größe und des Gedeihens Frankreichs.

Abwartende Haltung der republikanischen Sozialisten

CC. Paris, 19. Januar.

Die republikanischen Sozialisten haben beschlossen, Briand, der zu ihrer Gruppe gehört, in der Kammerkommission für Außererz einen Sitz einzunehmen, auf den der Führer dieser Gruppe, Paul Painlevé, verzichten will. Dem neuen Kabinett gegenüber will die Gruppe eine abwartende Haltung einnehmen.

Die Forderungen der Radikalsozialisten

Paris, 19. Januar.

Der Ausführliche Ausschuss der Radikalen und der Sozialistisch-Radikalen Partei hat in seiner gestrigen Tagung eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, der Regelung der Reparationen könne nicht mit dem Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas verbunden werden. Der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete könne in kurzer Zeit nur erlangt werden, wenn von Deutschland im Einverständnis mit den Verbündeten nicht nur das Maximum von Geldzahlungen, sondern auch seine Mitarbeit an dem Wiederaufbau der Ruinen verlangt werde. Die Außenpolitik der Regierung müsse aber Politik sein, die bei Aufrechterhaltung der notwendigen Sicherheit die Allianzen gewährt und sich den Sicherheiten des europäischen Friedens anpasse.

Eine Tagesordnung der kommunistischen Kammergruppe

CC. Paris, 19. Januar.

Die Kommunisten werden am Schluß der Kammerdebatte über die Interpellationen bezüglich der auswärtigen Politik eine Tagesordnung einbringen, worin die Kammer eingeladen wird, zu erklären, daß nur eine Politik der internationalen Verständigung und der internationalen Solidarität den raschen und sicheren Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, die Wiederaufbauung

Frankreichs und die Wiederherstellung des wirklichen Friedens ermöglichen könne. Die Kammer wird aufgefordert, eine Politik der Isolierung und Gewalt und Geheimdiplomatie abzulehnen. Diese Politik werde von der jetzigen Regierung vertreten und sei geeignet, zu neuen Kriegen zu führen.

Sitzung des englischen Kabinetts

CC. London, 19. Januar.

Das englische Kabinett hielt gestern unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten zwei Sitzungen ab. In der Vormittags-Sitzung referierten Lloyd George und Lord Curzon über ihre Pariser Besprechungen und die Ergebnisse der Tagung von Cannes. Sodann berichtete Lloyd George über seine Verhandlungen zum Abschluß eines Garantievertrages mit Frankreich. Das Kabinett billigte den Standpunkt des Ministerpräsidenten. In der Nachmittags-Sitzung wurden vier dem Unterhause vorzulegende Gesetzentwürfe vorbereitet. Drei dieser Entwürfe betreffen die Schaffung eines Freistaates Irland, der vierte die Reform des Oberhauses.

England gegen die Sonderstellung Polens

London, 19. Januar.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, es würde zwecklos sein, die Ausdehnung der britischen Garantie auf Polen zu verlangen. Die öffentliche Meinung Englands wolle davon nichts wissen und noch weniger die der Dominionen. Die polnische Schwierigkeit, soweit sie für den englisch-französischen Pakt in Betracht komme, könne in Genua überwunden oder überwunden werden durch eine Konsolidierung der Bande Polens mit allen Mächten der Kleinen Entente und eine Ausdehnung ihres Systems gegenseitiger Sicherheiten zum Schutze gegen einen deutschen, ungarischen oder bulgarischen Angriff.

Amerikas Vorbehalte für Genua

London, 19. Januar.

„Morningpost“ berichtet aus Washington, daß die Haltung der amerikanischen Regierung zu der Konferenz von Genua immer noch ungewiß sei. Auf Präsident Harding werde ein starker Druck ausgeübt, die Einladung abzulehnen. Wenn aus naheliegenden wirtschaftlichen Gründen der Präsident die Teilnahme der Vereinigten Staaten für notwendig halten sollte, so würden drei Bedingungen daran geknüpft werden: 1. Die Teilnahme Russlands dürfe nicht die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung bedeuten; 2. die Landrüttungen müßten vermindert werden; 3. die Frage der europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten dürfe nicht erörtert werden.

Die Sowjetregierung für Genua

London, 19. Januar.

Trotsky erklärte in einer Unterredung mit dem Moskauer Sonderberichterstatter des „Daily Herald“, die Sowjetregierung hoffe auf einen Erfolg der Konferenz von Genua, ob sich Frankreich an ihr beteilige oder nicht. Die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Welt sei nur durch lange, harte Arbeit und durch Zusammenwirken aller Völker zu lösen. Wenn Amerika abseits stehe, so müsse die Konferenz allerdings mit einem Mißerfolg enden. Ueber die Stellung Russlands auf der Konferenz gegenüber der Frage der Reparationen und der Abänderung des Versailler Vertrages befragt, erklärte Trotsky, die Reparationen und der Versailler Vertrag seien nichts als Wucherforderungen, die Einladung nach Genua sei an sich bereits eine Revision des Versailler Vertrages.

Die Einladung an Sowjetrußland

CC. Riga, 18. Januar.

Das Einladungstelegramm zur Konferenz in Genua, das der italienische Ministerpräsident Bonomi an den Volkskommissar für Außererz Tschitscherin gerichtet hat, ist im Namen des Beschlusses des Obersten Rates vom 6. Januar. Bonomi nimmt Bezug auf Tschitscherins Antwort auf die an Lenin gerichtete Einladung und ersucht die Sowjetregierung, eine Delegation nach Genua zu entsenden und die Namen der Delegierten rechtzeitig mitzuteilen. Das Telegramm schließt mit folgenden Worten: „In der Zukunft, daß Sie die ganze Wichtigkeit der Bedingungen erkennen, die der Oberste Rat für ein erfolgreiches Zusammenarbeiten der Entente mit der russischen Regierung im Interesse der Wiederherstellung Europas für notwendig erklärt, nimmt der Oberste Rat mit Genugtuung zur Kenntnis, daß Sie die Absicht haben, Delegierte mit weitgehenden Vollmachten zu entsenden, die berechtigt wären, verantwortliche Beschlüsse zu fassen.“

Zusammentritt des englischen Parlaments. Amlich wird mitgeteilt, daß das Parlament am 7. Februar wieder zusammentreten werde.

Der Zentrumsturm

Auf dem zweiten Parteitage der deutschen Zentrumspartei, über dessen Beratungen wir berichtet haben, hat man immer wieder das Wort gehört, daß das Zentrum keine katholische, sondern eine politische Partei mit christlich-nationalen Grundzügen sei. In den einstimmig angenommenen Richtlinien, die das Programm der Partei darstellen, ist ebenso wenig von der katholischen Kirche die Rede wie in den Ausführungen der Hauptredner. Der Reichstagsabgeordnete Marx hat dazu noch ausdrücklich betont, daß das Zentrum keine Arme ebenso bereitwillig dem katholischen wie dem evangelischen Christen öffne, und es ist bekannt, daß selbst einige ungetaufte Juden einen Schmutz des Zentrums bilden.

Nun ist es zwar gleichgültig, welches Aushängeschild eine Partei wählt, denn in der Politik kommt es nicht auf Namen und Erklärungen, sondern auf die Handlungen an. Es war deshalb nicht ganz klug gefordert, daß Herr Dr. Marx die Schatten der toten Führer des Zentrums heraufbeschworen hat, um mit ihnen zu beweisen, daß das Zentrum sich nicht gewandelt habe und heute noch wie ehemals Katholiken und Evangelische, Arme und Reiche, Unternehmer und Arbeiter mit der gleichen Liebe umfassen wolle, nur mit dem einen Ziele, den christlichen Gedanken der Gerechtigkeit zu verwirklichen. Die Gründer des Zentrums haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Zentrum eine Partei des Katholizismus sei. Das aber bedeutet zugleich, daß das Zentrum eine die bisherigen Zustände erhaltende, das heißt eine konservative Partei sein muß. Konservativ freilich nicht in dem eng bezogenen Begriffe, wie ihn die preussischen Junker in ihrer Politik stets vertreten haben. Da aber der Katholizismus die Erhaltung der bisherigen Gesellschaftsordnung, die er als eine göttliche bezeichnet, wünscht, so kann eine auf den Grundrissen der katholischen Kirche beruhende Partei keine andere Politik als eine konservative treiben. Das schließt nicht aus, daß die Zentrumspartei in sozialer Beziehung zuweilen fortschrittlicher sein kann als eine liberale Partei; sie braucht nur die christliche Charitas auf ihre praktische Tätigkeit anzuwenden, um ein Mittel zu haben, das die Armen und Bedrückten an ihre Politik fesselt.

Schon die Art der Entstehung des Zentrums ist bezeichnend für den Charakter dieser Partei. Sie ging nicht aus einer Massenbewegung hervor, sondern sie wurde zuerst als der Zusammenschluß von Parlamentariern zu katholischen Fraktionen gebildet. Erst später entschloß man sich zu dem Namen, den die Partei heute noch trägt, und die Massen wurden weniger durch die politische Agitation, als durch die Tätigkeit des katholischen Klerus gewonnen. Man braucht heute noch nur nach den rein katholischen Gegenden zu gehen, um zu erfahren, wie sich der katholische Pastor mit dem Agitator für die Zentrumspartei deckt. Der von Bismarck geführte „Kulturkampf“ gegen die katholische Kirche hat der Zentrumspartei erst den inneren Zusammenhang und die äußere Stärke verschafft. Den Katholiken wurde damals zum Vorwurf gemacht, daß sie sich die Richtlinien für ihr politisches Verhalten vom Papst vorschreiben ließen, daß sie eine „ultramontane“, von jenseits der Berge herführende, also eine internationale Gesinnung hätten und daher als Reichsfeinde zu behandeln seien. Das Zentrum bemüht sich seitdem mit allem Eifer, seine deutsche Gesinnung zu beweisen, was aber die Nationalliberalen nicht abgehalten hat, diesen angeblich reichsfeindlichen Charakter des Zentrums immer wieder in ihre Agitation einzustellen. Um diesen Vorwurf abzuwehren, betonen auch die neuen Richtlinien des Zentrums gleich am Anfang, daß es bewußt zur deutschen Volksgemeinschaft stehe. Die Arbeiterschaft hat weder den „Kulturkampf“ gegen die katholische Kirche mitgemacht, noch hat sie je die Phrase von der internationalen Abhängigkeit des Zentrums wiederholt. Nicht die konfessionellen und nicht die nationalen Kennzeichen des Zentrums zwingen uns zur grundsätzlichen Gegnerschaft gegen diese Partei, sondern ihr wirtschaftspolitischer Charakter, der sich bewußt gegen die Verwirklichung des Sozialismus richtet.

Kaum eine andere Partei hat im Laufe der Zeiten eine so große Wandlungsfähigkeit gezeigt wie das Zentrum. Sie hat in verschwiegene Kirchenwinkel mit Sozialdemokraten Wahlbündnisse abgeschlossen und ist zu gleicher Zeit eine enge Verbindung mit den Konservativen eingegangen. In dem einen Tag stand sie in heftigster Opposition gegen die Regierung, um sie am anderen Tage desto lebhafter zu unterstützen. Vor dem 9. November 1918 ist das Zentrum „für Kaiser und Reich“ eingetreten, heute stellt es sich schützend vor die Verfassung der deutschen Republik. Der Zentrumsturm hat manche Stürme erlebt, aber niemals ist er in seinen Grundmauern erschüttert worden. Das ist nicht ein Beweis für die Ueberzeugungskraft seiner Ideen, sondern ein Zeichen dafür, wie sehr sich das Zentrum getreu dem Vorbilde des Katholizismus jeder neuen Lage anzupassen versteht. Als die Arbeiterbewegung auch die katholischen Proletarier zu erfassen drohte, da wurden schamlos christliche Gemeinschaften gegründet, die mit denselben Methoden arbeiten und oft die gleichen Kampfmittel anwenden wie

die freien Gewerkschaften, aber nur zu dem Zwecke, die proletarischen Schichten bei der Kirche und beim Zentrum zu halten. Unter dem Deckmantel des Katholizismus erfährt das Zentrum seine Herde von der frühen Jugend bis ins späte Alter. Es besitzt Jünglings- und Jungfrauenvereine, Bildungsorganisationen, Männerbünde, Bauernvereine, Handwerkerorganisationen, kurzum alle Arten des Zusammenschlusses für seine Getreuen.

Wo es zur Macht gelangt, dort sucht es die bisher unterdrückten und zurückgebliebenen Volksschichten dadurch zu gewinnen, daß es ihnen einige Vorteile zuwendet, durch die die Privilegien der wirtschaftlich und politisch herrschenden Klasse aber nicht beeinträchtigt werden. Ein klassisches Beispiel dafür bietet seine Kommunalpolitik in Köln, der rheinischen Metropole. Als vor etwa anderthalb Jahrzehnten die bisher liberale Herrschaft vom Zentrum gestürzt worden war, da verwirklichte es bald einige sozialpolitische Forderungen der Arbeiterschaft. Es dachte aber nicht daran, an dem plutokratischen Charakter der Stadtverwaltung etwas zu ändern. Das bisherige Wahlrecht, das die Sozialdemokratie von jedem Einfluß auf die städtischen Geschäfte ausschloß, blieb bestehen, höchstens daß man einige Konzeptionsstellen aus den christlichen Gewerkschaften in die Stadtkommissionenverfassung hineinklüpfte. Erst die Revolution brachte auch hier eine Umwälzung.

Nicht anders arbeitet das Zentrum in der Reichspolitik. Herr Dr. Marx hat in seiner Programmrede auf den Einwand, das Zentrum habe durch die Koalition mit der Sozialdemokratie den Charakter einer christlichen Volkspartei verlegt, erwidert: Es handelte sich nicht um das Aufgehen einer Partei in die andere, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft. „Niemand ist von der Zentrumspartei irgendein Aufgeben oder ein Wechseln ihrer Ansichten, namentlich nicht ihrer Weltanschauung oder ihrer religiösen Überzeugung verlangt worden.“ Das ist richtig. Das Zentrum hat auf dem Gebiete der Schule in der Republik mehr erreicht, als ihm je unter dem wilhelminischen Regime zugestanden worden wäre, der Einfluß der Kirche auf die Jugendziehung kann sich ungehemmt entfalten. Es hat bisher die Durchführung der sozialistischen Forderungen zu verhindern gewünscht, die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft stehen auch heute noch unangetastet da. Das wenige, was die Arbeiter an wirtschaftlichen und politischen Freiheiten besitzen, hat ihnen der Novemberumsturz hinterlassen; die Koalitionspolitik mit dem Zentrum hat dafür gesorgt, daß die Verwirklichung des Sozialismus keinen Schritt vorangeht. Und wir sehen gerade jetzt bei der Beratung der Steuerfragen, wie sehr sich das Zentrum bemüht, eine wirkliche Erlassung der Sachwerte zugunsten des Reichs zu erzielen durch eine etwas stärkere steuerliche Heranziehung des Volkseinkommens.

Auf in außenpolitischer Hinsicht hat das Zentrum bisher unter Führung von Dr. Wirth eine Politik betrieben, der auch die Arbeiterklasse zustimmen konnte. Das erklärt sich aber daraus, daß das Zentrum geduldig abwartete, bis die Erkenntnis von der internationalen Verknüpfung in den wirtschaftlichen Fragen die nationalistischen Hemmungen überwinden würde. Nicht etwa die Liebe für den Sozialismus bestimmt die Außenpolitik des Zentrums, sondern die Sorge um die Erhaltung der bisherigen, von ihm als göttlich bezeichneten Gesellschaftsordnung.

Die Sozialdemokratie hat das Zentrum niemals wegen seiner katholischen Gesinnung bekämpft, sondern weil sie wähnte, daß eine politische Gemeinschaft verschiedener Klassen stets zum Nachteile der Arbeiterklasse ausfallen muß. Auch die unabhängige Sozialdemokratie steht in Gegensatz zum Zentrum nicht wegen seines religiösen, sondern wegen seines bürgerlichen Charakters. Die Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrem bisherigen Elend kann nicht dadurch erfolgen, daß man, wie es das Zentrum tut, die bisherige Staats- und Wirtschaftsverfassung schützt, sondern indem man sie zu einer höheren Ordnung, wie sie der Sozialismus aufzeigt, umwälzt. Das kann nur erreicht werden, wenn die Arbeiterschaft den Kampf als Klasse in geschlossener Front durchführt. Wir können aber auch vom Zentrum etwas lernen. Wir sehen, wie trotz aller wirtschaftlichen Gegensätze in der Partei alle ihre Teile durch eine Idee zusammengehalten werden. Wir wissen,

daß gegenüber dem Katholizismus der Sozialismus das fortgeschrittenere Prinzip darstellt. Sollte die Arbeiterklasse, die doch von dem einen gleichen wirtschaftlichen Interesse erfüllt ist, nicht endlich begreifen, daß die sozialistische Idee auch sie zu einer gemeinsamen Kämpferschar zusammenzuschweißen muß?

Die Reparationsdenkschrift

Die Arbeiten der einzelnen Reichsministerien zur Aufstellung der von der Reparationskommission geforderten Denkschrift sind im vollen Gange. Die Arbeiten werden dadurch erleichtert, daß das Material bereits für die deutsche Delegation für Cannes zusammengestellt war und jetzt Verwendung finden kann. Vor allem handelt es sich darum, der Reparationskommission die in Aussicht genommene Regelung der Reichsfinanzen im einzelnen darzulegen und einen Gesamtplan aufzustellen. Wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erfährt, wird die Denkschrift unter anderem eingehende Mitteilungen über die Wirkung der neuen Steuern und die beabsichtigte Regelung der Kohlenpreise machen. In bezug auf die von der Entente geforderte Stilllegung der Kolienpreise verabsichtigt die Reichsregierung auf die damit verbundenen großen Schwierigkeiten hinzuweisen. Soweit eine Ueberstufung möglich ist, werden nach dem bisherigen Abschluß des Reichsetats nicht mehr als 18 Milliarden Papiermark für die Reparationsleistungen zur Verfügung stehen; es sei denn, daß man vor einer weiteren Vermehrung der schwebenden Schulden nicht zurückschreckt, was die Entente gerade vermeiden will. Zu beachten ist, daß die Erleichterungen durch die Zulassung von Sachleistungen an Stelle von Barleistungen nur den Devisenbedarf verringern, den inneren Etat jedoch weiter stark belasten. Die schweren Krisen, die man von großen Barleistungen erwartet, sind durch die Umstellung auf Sachleistungen allein noch nicht vermieden. Das Erschüttern im Inneren auf unsere Zahlungsfähigkeit nach außen zurückzuführen, ist selbstverständlich. Auf alle diese Einzelheiten wird die Denkschrift hinweisen, wie sie auch die Rückwirkungen einer Schwächung der inneren Wirtschaft Deutschlands auf den Weltmarkt darzulegen versuchen wird. Auch für die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau der Oststaaten sollen Vorschläge vorbereitet werden.

Entente und soziale Fürsorge

Vertreter der Reichsregierung haben bei Beratungen sozialer Forderungen ihre Hartleibigkeit wiederholt damit begründet, daß die Ententemächte von Deutschland verlangen, daß die Leistungen des Deutschen Reiches für soziale Zwecke auf Grund des Friedensvertrages nicht höher sein dürfen, als in dem Ententestaate, der die höchsten sozialen Lasten auferlegt. Um nun endlich zu erfahren, wie in dieser Beziehung die Dinge liegen, haben der Genosse Karsten und die Genossin Kemich die Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, wie hoch diese Aufwendungen sind und in welchem Verhältnis zu den sozialen Ausgaben des Ententestaates mit der höchsten Leistung die Ausgaben stehen, die das Deutsche Reich für soziale Zwecke aufwendet.

Landbundagitation mit Umlagegetreide

Der Gipfel der Frechheit

Bei der Kreiswirtschaftsstelle des Kreises Oberarnim erhob, wie aus einer Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Böhm in Magdeburg hervorgeht, der Landwirt Kalkhoff in Biesenhal Beschwerde gegen das ihm auferlegte Lieferungslohn. Ihm wurde mitgeteilt, daß ein Nachschuß nicht mehr bewilligt werden könne, da die Frist überschritten sei. Man stellte ihm jedoch anheim, sich an den Landbund zu wenden, dem vom Landrat des Kreises eine Menge Umlagegetreide zur Verfügung gestellt sei, um in besonderen Fällen ausgleichend zu wirken. Als sich jedoch Kalkhoff an den Landbund wandte, erhielt er zur Antwort, der Landbund trete wegen Herabsetzung der Umlage nur für die Mitglieder des Landbundes ein.

Das ist denn doch der Gipfel der Frechheit. Dem Landbund wird Getreide zum Ausgleich überwiesen, dieser aber läßt diesen „Ausgleich“ nur für die Mitglieder des Landbundes. Er behält außerdem die Kühnheit, dies unvorzuziehen dem Ausgleich begehrenden Nichtmitgliedern mitzuteilen. Darin liegt geradezu eine Prellung zur Mitgliedschaft. Noch toller aber wird die Sache

dadurch, daß mit dem absteigenden Schreiben dem Beschwerdeführer auch die Kopie zugegangen war, die sich auf einem deutsch-nationalen Flugblatt befand, mit dem Titel „Wir kämpfen um das alte Preußen!“ Also nur „alte Preußen“ dürfen auf „Ausgleich“ hoffen. Wird die preussische Regierung dem Herrn Landrat, der solchen Mißbrauch mit dem Umlagegetreide organisierte, nun auch gehörig auf die Finger klopfen? Denn auch ihr untersteht der Landrat, und von Herrn Hermes ist ja so wie so keine Abhilfe zu erwarten.

Rechtspulschiftliche Umtriebe

Eine unabhängige Interpellation in Bayern

München, 18. Januar.

Auf der Tagesordnung der nächsten öffentlichen Sitzung des bayerischen Landtages stehen Interpellationen der Unabhängigen betreffend die Ausföhrungen des Staatsanwaltes im letzten Würzburger Presseprozeß und betreffend die rechtspulschiftliche Umtriebe in den Septembertagen 1921. In diesen Interpellationen wird mitgeteilt, daß anlässlich der Verhandlung wegen des Ueberfalls auf das Auto des Wiesbacher Anzeigers im verfloffenen September der Wortlaut eines Telegramms bekannt geworden sei, das der Präsident des bayerischen Landtages an den damaligen Ministerpräsidenten von Kahr nach Vertretungsgabengand hatte. Durch dieses Telegramm seien hochoffizielle Umtriebe und Absichten der Rechtspulschiftisten erwiehen. Die Regierung wird interpelliert, ob sie gegen die Personen, die sich an diesen rechtspulschiftlichen Umtrieben beteiligt haben, mit entsprechenden Maßnahmen vorgehen wolle.

In der Mittwoch-Sitzung des Verfassungsausschusses des bayerischen Landtages wurde der Antrag des unabhängigen Abgeordneten Rieckisch auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für Niederschönenfeld mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Beginn der Landtagsession

Der preussische Landtag beginnt heute nachmittag 3 Uhr seine erste Tagung im neuen Jahr. Die Tagesordnung umfaßt neben einigen unbedeutenden Punkten die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz. Die Vorlage wurde bereits im vorigen Herbst im Staatsrat beraten und nahezu einstimmig abgelehnt. Die Regierung hat sie darauf in veränderter Form dem Landtag zugehen lassen. Der preussische Staat hat nach aus dem vorigen Etat ein Defizit von nahezu 3 Milliarden Mark zu decken, im laufenden Etatsjahr einen Fehlbetrag von etwa 1 1/2 Milliarden. Diese Fehlbeträge sollen durch den Ertrag der Grundsteuer gedeckt werden.

Alkoholverbot und Alkoholmißbrauch

Genosse Fritz Kunert hat folgende drei Fragen an die Regierung gerichtet:

1. Ist die Reichsregierung darüber unterrichtet, daß die amerikanischen Brauereien und Brennereien bei dem allgemeinen Alkoholverbot ihre Betriebe auf Produktion von Rührpräparaten, Lebensmitteln aller Art usw. einstellen? Ist es ihr ferner bekannt, daß diese Betriebe jetzt, nach dem großen Verbot, eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigen als vorher, da bei Alkoholherzeugung die Zahl der Arbeiterkräfte verhältnismäßig gering ist? Hat die Reichsregierung somit Kenntnis davon, daß dieses Alkoholverbot an sich die Ziffer der amerikanischen Arbeitslosigkeit herabgedrückt hat?

2. Ist die Reichsregierung bereit, für Zwecke des Alkoholverbotes die Herabgabe von Wohnräumen während der andauernden überausen Wohnungsnot auf dem Versorgungswege oder durch gelegentliche Maßnahmen zu verbieten?

3. Ist die Reichsregierung bereit, angesichts gewisser futurwürdiger Zustände die amtliche Genehmigung für Alkoholausföhrung zu verweigern, um durch Einschränkung der öffentlichen Schankstätten dem Alkoholmißbrauch entgegenzuwirken?

Die deutschen Kohlenlieferungen. Die Reparationskommission hat das Kohlenprogramm für die Monate Februar, März und April festgelegt. Bisher waren die Kohlenlieferungen Deutschlands nur einen Monat im voraus geregelt. Innerhalb des oben genannten Zeitraumes soll Deutschland nunmehr 5 750 000 Tonnen Kohle und Koks liefern. Die deutschen Vertreter in der Kriegslastenkommission haben sich für die Durchführung dieser Verpflichtungen verpflichtet.

Hulum als Handelsplatz

„Doch hängt mein ganzes Herz an dir — Du graue Stadt am Meer; — Der Jugendzauber für und für — Ruht lächelnd doch auf dir, auf dir — Du graue Stadt am Meer.“ So hat E. S. Odor Storz, der große Sohn Hulum, der im Grustgewölbe unter den Linden von St. Jürgen schlummert, seine Heimatstadt am Wattenmeer besungen. Sein Name ist es gewesen, der Hulum gerade in den letzten zehn Jahren wieder zu einer vielgenannten Stadt gemacht hat. Hulum gewinnt neuerdings aber eine wirtschaftliche Bedeutung, die gewürdigt zu werden verdient. Eben erst wurde gemeldet, daß von Hulum aus im nächsten Jahre eine Motorbootsverbindung nach den Halligen aufgenommen werden soll, die Gelegenheit bieten wird, über Hamburg-Hulum oder Kiel-Hulum diesen eigenartigen Nordsee-Eilanden einen bequemen Besuch abzuhalten. Bisher war man darauf angewiesen, von St. Peter-Ording, Hulum, Wyl auf Föhr oder Wittum (auf Amrum) aus mit irgendeinem Fischerboot nach den Halligen zu segeln, deren Romantik in immer zunehmendem Maße das Interesse der Naturfreunde reizt. Von Hulum aus bestehen schon seit Jahrzehnten regelmäßige Postverbindungen nach Nordstrand, Pellworm und Föhr-Amrum. Aber die Inselwelt der kleinen Halligen war bisher nur auf Gelegenheitsverbindungen angewiesen. Wünschenswert ist nun freilich, daß der bessere Verkehr nach diesen oft von Sturmfluten schwer bedrängten Eilanden nicht das Verdienst, was man in erster Linie an ihnen schätzt. Die großartige Einseitigkeit und die Unwägbarkeit ihrer Natur und ihrer Bewohner.

Hulum, dessen Bedeutung in früheren Zeiten weit größer war als jetzt, das einst mit Flensburg rivalisierte und seine Blütezeit im 16. und 17. Jahrhundert gehabt hat, war durch seine vorzüglichen Seehäfen bedeutend; es trieb eigenen Handel mit Schottland, England, Holland und Dänemark und kam zu großem Wohlstand, wovon noch Hulum's alte Häuser zeugen. Allein die bekannten Verhältnisse an der Westküste Schleswig-Holsteins mit ihrer schwierigen Schifffahrt durchs Wattenmeer und der Ebbe, die die Häfen trocken legt, ließen Hulum's Bedeutung als Seehandelsstadt leidet rückwärts gehen. Dennoch ist die Stadt noch der wichtigste Seehafen an der Nordseeküste des „meerranschlungenen Ländchens“. Auch wird am Hulum Hafen dauernd verbessert, wobei man vor einiger Zeit (beim Durchschneiden eines neuen Hafeneingangs) auf große untergegangene Wälder stieß, die ein Opfer der Nordsee Sturmfluten wurden.

Bedeutend ist die Hulumer Feringsschifferei. Als im Januar d. J. gewaltige Feringsschwärme zwischen den großen Halligen standen, durch die die Bootsfleete der Fischerboote emporgehoben

wurden, trafen an einem einzigen Tage über 40 Fischerboote mit Heringen vollbeladen im Hulumer Hafen ein. Noch größer ist Hulum's Bedeutung als Viehhandelsplatz ersten Ranges. Seine Viehmärkte sind die größten an der holländischen Westküste; das auf den fetten Nordseemarschen gezüchtete Rindvieh kommt hier zum größten Teile zum Ausruf, dazu noch Schweine und Schafe in großer Zahl. 1900 wurde der Jahresumsatz auf dem Hulumer Viehmarkt auf 25—30 Millionen taxiert. Zur Zeit dürfte er in Hunderte von Millionen gehen. Dieser große Viehmarkt bringt es mit sich, daß auch die Viehausföhr von Hulum bedeutend ist. In den Monaten Juli, August, September und Oktober 1921 betrug der Verkehr von fetten Rindern und Schafen nach West- und Mitteldeutschland sowie nach Berlin und Hamburg insgesamt 19 058 Stück Großvieh und 21 926 Schafe, Ziffern, die eines weiteren Kommentars nicht bedürfen. Fr. B.

Dostojewski's wahres Gesicht. Es hat oft Kopfschütteln erregt, daß Dostojewski zugleich der Vorhote einer neuen Religion, einer neuen allmenschlichen Erlösungslehre eines neuen Messiasstums und Gegner des westlichen Europäertums, der Wissenschaftslehre, des Liberalismus, des Sozialismus, der Verehrer der russisch-orthodoxen Kirche sowie des autokratischen Zarentums sollte gewesen sein können. In der Tat, schreibt Herbert Kühnert in den „Sozialistischen Monatsheften“: Die Widersprüche, die sich in dieser Hinsicht auf seinen Werken feststellen lassen, sind zahllos und scheinen von starrer Abgrundtiefe. Wohl nirgends in der Dostojewskiliteratur sind sie so klar hervorgehoben worden wie in der Abhandlung, die W. C. Schlegel aus Anlaß der 25. Wiedergeburt von Dostojewski's Todestag (28. Januar 1906) verfaßt hat. (Dem deutschen Publikum ist diese Abhandlung zugänglich gemacht worden durch die von Alexander Glasberg unter dem Titel „Auf dem Wege nach Emmaus“, herausgegebene Sammlung von Aufsätzen Dostojewski's, Verlag Piper, München.) Zugleich aber ist in dieser Abhandlung in geradezu klassischer Weise das herausgearbeitet worden, was das für die Gegenwart unersetzbar wesentliche an Dostojewski's Vision von einem zukünftigen, freien, man kann sagen: apokalypsischen Christentum bildet. Dostojewski's Glaube war, wenn man es so nennen darf, Religion vom heiligen Geist und vom heiligen Fleisch zugleich. In den Brüdern Karamasow läßt der Dichter den König Sossima zu Aljoscha sprechen: „Liebe die Erde und bedede sie mit deinen Küssen. Küsse die Erde unermüdlich, liebe unermüdlich, liebe alle und liebe alles, luche die Begeisterung und die Ekstase der Liebe. Beneide die Erde mit deinen Tränen der Freude und liebe diese deine Tränen. Und halte diese deine Begeisterung hoch, denn sie ist ein großes Geschenk Gottes, das nicht vielen vorzuleihen wird, sondern nur den Auserwählten.“ Und nach der Vision der Hochzeit von Kana in

Galiläa, bei der der weiße Speisenmeister Wasser in den Wein einer neuen Freude verwandelt hat, erfüllt Aljoscha das Gebot Sossimas: „Er warf sich zur Erde nieder. Er wußte nicht, warum er sie umsing. Er wollte auch nicht darüber nachdenken, warum es ihn so unwiderstehlich verlangte sie zu küssen; und er küßte sie weinend, schluchzend, und tränkte sie mit seinen Tränen, und wie außer sich schauerte er, wie verückt, sie zu lieben, zu lieben bis in alle Ewigkeit... Als schwacher Jüngling war er zur Erde niedergefallen, als ein fürs ganze Leben gewappneter Kämpfer erhob er sich wieder.“ Hier haben wir den Kern. Von solchem religiösem Heldentum aus liebt Dostojewski die Erde als den großen Schauplatz des Sündenfalls und der Erlösung, als die Arena weltgeschichtlicher Kämpfe zwischen dem „Tier“, mochte es sich nun Apollon, Teufel, Großinquisitor, Peter, Freigeist, Mißtraue und Weib nennen, und Christus, dem Mönchstum und der Orthodoxie. Von hier aus glaubte er an sein Land und die Seel: seines Volkes als den heiligen Erlösungsquell für eine neue Menschheit, von hier aus an Jugend und Vergängung, zukünftigen Verderbens von tönernden Gewalten und schließlich an ewige menschliche Seligkeit in einer einzigen heiligen Kirche. Je mehr wir ihn in seinen Werken gestalten um diesen Glauben ringen sehen, je schmerzlicher das Klagen der mythischen Gewalten seine große Künstlerseele zerreiht, desto erschütternder, gewaltig ergreifender wirken auf uns diese gelegentlichen aus Schmerzen geborenen Ausbrüche erlösender Schau. Mit Recht spricht daher Dostojewski davon, daß man die Karne, von der verhäßt uns das Gesicht Dostojewski's oft entregentritt, nicht mit dem Gesicht selbst verwechseln dürfe: „Die Karne ist Orthodoxie, Autokratie, Nationalismus; das Gesicht ist die Ueberwindung des Nationalen im Allmenschentum, die Ueberwindung der Autokratie in der Theokratie, die Ueberwindung der Orthodoxie in der Religion des heiligen Geistes.“

Lenin als Bühnenheld. In Warschau wird gegenwärtig mit großem Erfolg das Stück eines jungen, aber bereits sehr bekannten polnischen Schriftstellers, Wladimir Grubinski, aufgeführt, das sich „Lenin“ betitelt. Grubinski bemüht sich, die augenblicklichen Verhältnisse objektiv zu zeichnen und in ihrem Wesen zu erfassen. Das Stück spielt im Kreml zu Moskau, drei Wochen nach der Einnahme von Petersburg. In der Stadt herrschen Unruhen und Aufstände, und Lenins Kundgebungen wie seine Rednungen von kriegerischen Erfolgen wollen nicht ausreichen, um das Mißvertrauen der Arbeitermassen zu heben. Lenin hat eine große Unterredung mit seinem Sekretär Gotorow, der kein anderer ist als der Zar Nikolaus II. Der Autor versucht hier, das alte und das neue System einander unmittelbar gegenüberzustellen. Lenin enthält sich in jedem Wort und in jeder Bewegung als ein Mann, der die Verwirklichung der kommunistischen Idee hartnäckig und unbeirrt von jeder Rücksicht auf die Menschlichkeit verfolgt.

Anarchistenverfolgung in Sowjetrußland

Das Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands „Der Syndikalist“ veröffentlicht in seiner letzten erschienenen Ausgabe den Brief eines Gefangenen aus Moskau, der das schauerliche Bild der Verfolgungen enthüllt, dem die Anarchisten und Syndikalisten in Sowjetrußland ausgegesetzt sind. Der Brief lautet:

21. Dezember 1921.

Liebe Kameraden!

Die „neue Konomische Politik“ der Bolschewisten hat die wahnsinnige Verfolgung anderer politischer Parteien und Bewegungen nur noch verstärkt. Ganz besonders sind die Opfer des bolschewistischen Terrorismus. Die Hinmordung von Leo Tschornj, Fanny Baron und 8 anderen Anarchisten (im September 1921) in Verbindung mit dem angeblichen Fall von Kauerer wurde von zahllosen Verhaftungen unserer Kameraden in ganz Rußland. Mitglieder der „Golos Truda“ wurden verhaftet in Petrograd und Moskau; ebensowohl wurden viele Anarchisten in der Ukraine, im Ural und an der Wolga verhaftet. Vom Schicksal unserer festgenommenen Kameraden im Osten und Süden wissen wir bis heute nichts. Die in Petersburg und Moskau verhafteten Mitglieder der „Golos Truda“ sind zuletzt in Freiheit gesetzt worden. Aber zahlreiche Mitglieder anderer Gruppen und Organisationen sind noch immer im Gefängnis und erleiden Kälte, Hunger und Entbehrungen.

Jene unserer Kameraden, die es ablehnen, Provokateure zu werden, sehen sich entweder dem Tode gegenüber, oder sie sterben einen allmählichen Hungertod im Gefängnis.

So unglaublich wie es sich anhört, für jene, die noch immer Bolschewismus mit revolutionärem Idealismus verwechseln, ist es eine feststehende Politik der gegenwärtigen russischen Regierung, die politischen Gefangenen zu Provokateurdiensten zu zwingen. Selbst demoralisiert bis auf das äußerste, ist das bolschewistische Regime Demoralisation unter seinen politischen Gegnern. Unter der Androhung des Todes — eine Drohung, die nur zu häufig wahr gemacht wird — sind viele politische Gefangene dazu gezwungen worden, in die Tscheka („Außerordentliche Kommission“) einzutreten und so dieser Lenin-Diktatur in ihrer höllischen Arbeit Dienste zu leisten. Aber unglücklicherweise gibt es noch immer tapfere Geister, die sogar der bolschewistischen Terror nicht brechen kann. So z. B. ein Petrograder Genosse, dem die Freiheit unter der Bedingung angeboten wurde, daß er Verräter würde. Er schlug den betreffenden Tscheka-Offizier ins Gesicht. Infolgedessen sitzt dieser Kamerad noch immer im Gefängnis.

Es ist nur zu klar, daß die Mächte in Moskau entschlossen sind, die Anarchisten entweder in Tschekisten zu verwandeln oder sie auszurotten. So z. B. wurden im September zehn unserer Kameraden hingerichtet. Und die Moskauer Tscheka verhaftete damals zahlreiche Kameraden, die nicht den mindesten aktiven Anteil an unserer Bewegung genommen haben. Später fielen auch die Universalisten, die bis dahin nicht als Gegner der Bolschewistengierung gerechnet wurden, unter den Bann. Gegen Ende Oktober wurde es in Moskau endgültig bekannt, daß ein internationaler anarchistischer Kongreß im Dezember abgehalten werden sollte. Die Moskauer Sektion der Universalisten machte eine formell geschriebene Eingabe an das Kommissariat der äußeren Angelegenheiten und an das Exekutivkomitee der kommunistischen Partei, in der um die Erlaubnis gebeten wurde, an dem Kongreß teilzunehmen. In der Eingabe wurde um Pässe nachgesucht für verschiedene Delegierten der Gruppen, darunter einige sehr bekannte Anarchisten Rußlands: Astaroff, Schapiro und Eizens, die alle Mitglieder des Sekretariats der Moskauer Sektion sind. Einige Tage später wurde eine Anzahl der Universalisten verhaftet; unter den Verhafteten befanden sich auch die oben genannten Kameraden. So nahmen wir an, daß das der gewöhnliche Trick der Bolschewisten sei, die oben genannten Kameraden an der Teilnahme des Kongresses zu verhindern. Aber man denke sich unseren Schrecken und Unwillen aus, als wir erfuhren, daß die Bolschewisten diese Kameraden nun beschuldigen der Häberei, Machnovismus, Urkundenfälschung und der Verantwortung für die Frucht von politischen Gefangenen aus dem Rajan-Gefängnis (Sommer 1921)! Also, was diese Beschuldigung bedeutet, ist nur zu gut bekannt. Es bedeutet „rasstrel“ — Erschießen ohne Unterzählung, ohne auch nur den Menschen anzuhören, Erschießen in der Stille der Nacht.

Kameraden, Freunde! Astaroff, Schapiro, Eizens und die anderen Kameraden sind in großer Gefahr, auf Grund dieser niederträchtigen Beschuldigung erschossen zu werden. Der Zweck, den die Bolschewisten hiermit verfolgen, ist klar. Astaroff und seine Kameraden gehören zu den wenigen Moskauer

Anarchisten, die die Macht der Idee vertreten. Die meisten anderen sind entweder erschossen worden, oder sie versanken in den Gefängnissen. Mit der Erschießung Astaroffs und der anderen versuchen die Bolschewisten zwei Ziele zu erreichen.

1. Rechtfertigung der Ermordung von Leo Tschornj, einen der sympathischsten Anarchisten Rußlands, einen, der so populär und allgemein beliebt war sogar unter politischen Gegnern, daß die Bolschewisten nicht wagten, ihn unter seinem weltbekannten Namen Leo Tschornj hinrichten zu lassen. Sie ließen ihn erschießen unter dem Namen Lurichaninoff, ein Name, der nur seinen intimsten Freunden bekannt war. (Siehe Moskauer „Iswestija“ vom 30. September 1921.)

2. Die Erschießung von Astaroff und Genossen wird die Bolschewisten von den intelligentesten und beachtlichsten Universalisten befreien und deren Organisation zerstören unter der Begründung, daß sie mit der illegalen Gruppe „Leo Tschornj“ zusammengearbeitet haben.

Kameraden! Wie lange sollen wir noch in Passivität das Regime von Mördern ertragen, die unaufrichtig und in systematischer Weise unsere besten russischen Kameraden hinhinrichten? Diese Politik des bolschewistischen Terrors muß zu einem Ende gebracht werden. Aber unglücklicherweise sind die Anarchisten Rußlands allein machtlos, solches durchzuführen. Nur die gemeinsamen Anstrengungen unserer im Ausland befindlichen Kameraden, unterstützt von dem revolutionären Proletariat Europas und Amerikas, kann dieses Unheil abhalten.

Kameraden, Freunde! Wir rufen euch auf, sofort Schritte einzuleiten, um jene, unsere Kameraden, zu retten, die noch nicht Opfer der kommunistischen Schreckensherrschaft geworden sind. Verlangt, daß die Bolschewisten Beweise für die Beschuldigungen, die gegen Astaroff und Genossen erhoben worden sind, beibringen. Die Tscheka behauptet, daß sie im Besitz von Dokumenten ist (einige davon kommen angeblich von Leo Tschornj), die Astaroff der Häberei belasten. Wenn solche Dokumente tatsächlich existieren, sind sie nichts anderes als Fälschungen der Tscheka. Verlangt diese Dokumente!

Unsere verhafteten Kameraden sind daran, einen Hungerstreik bis zum Tode zu erklären als Protest gegen den höllischen Versuch der Bolschewisten, die Erinnerung an unseren Kameraden Leo Tschornj zu schwächen. Sie verlangen von euch, Kameraden, daß ihr ihnen moralisch beisteht. Sie haben ein Recht, eure Hilfe zu verlangen für die Rehabilitierung Leo Tschornjs, den die Bolschewisten zuerst erschlagen haben, und den sie nun versuchen, zum gemeinen Verbrecher zu stempeln. Sie haben ebenfalls ein Recht eure Hilfe zu erwarten für die Rettung der Genossen, deren ganzes Leben im Dienste revolutionärer Aktivität gestanden hat. Sagt nicht, Kameraden, sorgt dafür, daß eure Stimme sofort gehört wird — oder es dürfte zu spät sein.

Kleine Nachrichten

Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats. Das Hamburger „Abendblatt“ hatte eine Anzahl oberösterreichischer Adliger beschuldigt, die Gelbes R des Korps Oberland zu sein und der darin bestehenden Korporation. Der Oberstaatsanwalt hat nun, wie das „Hamburger Echo“ erzählt, gegen Graf Praxma, Graf Eiertorff und gegen die Gräfin Saurnajewitsch das Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats eingeleitet.

Die Luftfahrtkontroll-Kommission besteht weiter. Entgegen Meldungen, daß die Luftfahrtkontroll-Kommission unter dem Vorsitz des englischen Generals Mastermann bereits aufgelöst, und General Mastermann schon aus Deutschland abgereist sei, hören die B. V. N. an zuständiger Stelle, daß der englische General noch in Berlin weilt, und die Kommission vorläufig noch weiter besteht.

Telegraphischer Verkehr mit Petersburg. Die Große Nordische Telegraphen-Gesellschaft hat heute den Telegraphenverkehr von Rußland nach dem Ausland von der Station in Petersburg wieder eröffnet. Der Verkehr findet zwischen Rußland und allen anderen Ländern, ausgenommen Finnland, Estland, die Telegramme, die von Rußland abgefaßt werden, sind vorläufig in Rußland der Zensur unterworfen.

Die Verkehrs-Konferenz der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten. In den am 18. Januar beginnenden historischen Beratungen der Verkehrs-Konferenz der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten sprach sich die österreichische Delegation prinzipiell für völlige Verkehrsfreiheit und demnach für die Abschaffung des Pässe- und Bismungewanges aus. Einschränkungen dieser Regel wurden von Österreich nur für einige östliche Staaten gemacht, hinsichtlich

Arbeiterviertel

Eine Straße in Neufölln;
Am Fest.
Daseinstaurig, Westverloren.
Kurz vor der großen Zeit geboren —
Hakreife Knaben spielen auf dem Damm.
Ein Laubenland — ein Jaun davor,
Darauf in weißen Lettern,
Bermalschen schon von taufend Wettern:
Gedenkt der Rosa Luxemburg!

Joseph Adler

Der Schiedspruch für die Schauspieler. Der paritätische Schlichtungsausschuß des Deutschen Bühnenerzins und der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger hat einstimmig folgenden Schiedspruch ausgesprochen: 1. Die bisherige Mindestgage von 2000 Mark monatlich wird vom 1. Januar dieses Jahres ab auf 2750 Mark für alle Bühnengehörigen erhöht, welche das dritte Bühnenjahr vollendet haben. 2. Auf alle Einkommen von der Mindestgage, d. h. von 2001 bis 5000 Mark, ist eine Teuerungszulage von 35 v. H. zu zahlen, von 5001 bis 8000 Mark wird eine Zulage von 1000 Mark gezahlt mit der Maßgabe, daß der Mindestlohn von 5001 bis 5749 Mark auf 6750 Mark erhöht wird. Die übrigen Kinderzulagen von 150 Mark werden auf 200 Mark erhöht. Die Anfänger-Gage im ersten Jahre beträgt ein Viertel, im zweiten Jahre ein Drittel der Mindestgage und im dritten Uebergangsjahr 2000 Mark pro Monat. Die Witwen- und Altersbeihilfe, die in der Höhe von 2000 Mark für alle Verträge bis zu 4500 Mark gefordert wurde, ist abgelehnt worden. Das Honorar für einzelne Aushilfskasspiele beträgt für eine Nachmittagsvorstellung ein Dreißigstel, für eine Abendvorstellung ein Fünftel der Mindest-Monatsgage. Proben für Aushilfskasspiele, die nicht am Tage der Vorstellung stattfinden, werden mit einem Dreißigstel der Mindestgage bezahlt. Aushilfskasspiele bis zur Dauer von 14 Tagen werden mit der einhalbfachen Mindestgage, von 14 Tagen bis zu einem Monat mit einviertheil der Mindestgage bezahlt. Der Schiedspruch gilt bis zum 31. März 1922. Den Direktoren wird das Recht zugestanden, falls ihnen die Erfüllung des Schiedspruches nicht möglich sein sollte, den Schlichtungsausschuß zwecks Fällung eines Sonderchiedspruches für jedes einzelne Theater unter Prüfung der besonderen Verhältnisse dieses Theaters anzurufen. Der Schiedspruch gilt als angenommen, wenn er nicht binnen einer Woche nach Zustellung abgelehnt ist. Den Parteien steht das Recht zu, binnen einer Woche nach Zustellung die Ober-Schlichtungsstelle Berlin anzurufen. Die Berliner Theaterdirektoren wollen zu diesem Schiedspruch dieser Tage Stellung nehmen.

Theater stellungsloser Schauspieler. Um der großen Arbeitslosigkeit unter den englischen Schauspielern in etwas zu steuern, hat die englische Bühnengenossenschaft einen Fonds für stellungslose Schauspieler geschaffen, und eine Organisation ins Leben gerufen, die den drohenden Künstlern Beschäftigung zu vermitteln sucht. Man will aus den stellungslosen Schauspielern Theatertruppen zusammenschließen, die in den Londoner Vorstädten und in den kleineren Städten Großbritanniens Vorstellungen geben sollen. Bei diesen neuen Theaterorganisationen werden nur Mitglieder der englischen Bühnengenossenschaft beschäftigt. Die durch die Gesellschaft gegründeten Theatertruppen haben ein Mindesthonorar von drei Pfund die Woche vor. Von allen überschüssigen Gewinnen sollen 40 Proz. an den Fonds abgeführt werden. Die neuen Theatertruppen werden die verschiedenartigsten Gattungen spielen und insbände kein, sowohl ein Shakespeare'sches Trauerspiel als auch eine Revue vorzuführen.

Musikertopertag! Die Vorbereitungen für den Musikertopertag, dessen Erträgnisse zugunsten einer Verbesserung der Verhältnisse im Nachwuchswesen des Musikstandes verwendet werden sollen, sind in vollem Gange. Die Friederwaltungen des Deutschen Musiker-Verbandes, welcher diese Veranstaltung im Interesse seiner Mitglieder wie auch der Zukunft der deutschen Musikpflege ins Leben ruft, sind bemüht, dem Publikum Leistungen darzubieten, die der kulturellen Bedeutung des Tages entsprechen, und hoffen auf einen erfolgreichen Verkauf. Wir verweisen im übrigen auf die demnächst erscheinenden Anündigungen.

Ein Lehrstuhl für Geschichte der Parteien. Die an der Berliner Universität neuerlichste Professur für „Geschichte der Parteien“ ist dem Historiker Dr. Gustav Mayer in Berlin-Lankwitz angeboten worden. Dr. Mayer, der bereits einen Lehrauftrag für Geschichte der Sozialdemokratie an der Universität Berlin hat, ist unserer Lesern besonders als Biograph von Engels und Herausgeber von Lassalles Nachlaß bekannt.

Mich hat Wein. Angeblich eine wahre Geschichte aus Südafrika wird in einem englischen Blatte erzählt. Ein Mann besuchte einen Freund, der Geistliche in einer Kaffergemeinde im Innern des Landes war. Er nahm am Gottesdienst teil und erstreckte sich an der eifrigen Art, mit der die Kassern die Kirchenlieder sangen. Zum Schluß aber sagte er: „Das einzige, was mir aufgefallen ist, ist der merkwürdige Geschmack des Weins beim Abendmahls. Ihr müßt ihn wohl in Ziegenmilch aufbewahren, wie die alten Griechen, denn er schmeckt so ähnlich.“ „Es war überhaupt kein Wein,“ erklärte ihm daraufhin der Geistliche, sondern Ziegenmilch.“ Und auf den verwundernden Blick des Freundes fuhr er fort: „Als ich ihnen zuerst das Abendmahl mit Wein gab, da nahm mir ein Nigger ein Reih aus der Hand und trank ihn ganz aus. Das nächste Mal hielt ich ihn fest, aber da sah einer mich in den Daumen, so daß ich den Reih loslassen mußte. Seitdem verwende ich Ziegenmilch, und da trinken sie nur wenig.“

Theater am Mikroskop. Infolgedes plötzlicher Erkrankung Freitag Rott „Wolle“ um 7½ Uhr: Der Lehrende Schiller baunt den Teufel und Der geflügelte Kater.

deren der Pöbelwahn beibehalten werden müßte. Die Vertreter Italiens, Ungarns und der Tschechoslowakei stellten sich ganz auf den Standpunkt der Pariser Verkehrs-Konferenz. Nur Polen nimmt einen völlig ablehnenden Standpunkt ein. Auf jugoslawischer Seite ist noch keinerlei Stellungnahme erfolgt.

75 000 Arbeitslose in Budapest. Die Zahl der Arbeitslosen in Budapest und ganz Ungarn ist im Laufe des Winters außerordentlich gestiegen. Heute befinden sich in Budapest 75 000 Arbeitslose, also 75 Prozent mehr, als noch vor wenigen Monaten. Am schlimmsten sind von der Arbeitslosigkeit die Metallarbeiter betroffen, von denen etwa 20 000 zum Hungertode gezwungen sind.

Enver Pascha verhaftet. Neuter meldet aus Konstantinopel, auf Ersuchen der Regierung von Angora sei Enver Pascha von der Sowjetbehörde verhaftet worden. Unter Eskorte soll er über die anatolische Grenze nach Angora gebracht und dort wegen Hochverrats vor Gericht gestellt werden.

Die Straßenbahnner in Leipzig sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Biel Kommunistenlärm um nichts

Radauzenen im Neuföllner Rathaus.

In Neufölln ist es gestern zu wüsten Radauzenen gekommen. In der Sitzung der Neuföllner Bezirksversammlung beantragten die Kommunisten einen Protest gegen die geplante Einführung der Verkaufs-Kontrolle für Markt- und Straßenhändler. Bei der Beratung dieses Antrages beschwerte sich der Kommunist Grillewitsch, daß das Rathaus von der Schutzpolizei besetzt sei, die keinen Menschen ins Rathaus hereinlasse. Das sei eine unerhörte Frechheit. Bürgermeister Scholz (S. P. D.) erklärte, er hätte erfahren, daß demonstrierende Straßenhändler unter Führung von Kommunisten das Rathaus besetzen, die Bezirksversammlung stürmen und ihr Willen aufdrängen wollten. Es sei seine Pflicht, die Bezirksvertreter vor Gewalt zu schützen. Nach den Erfahrungen, die man mit den kommunistischen Demonstranten in Berlin, bei früherer Gelegenheit auch in Neufölln, gemacht hätte, sei ein derartiger Schutz unbedingt geboten.

Die Kommunisten, die auch in Berlin ansehend das Wesen der Kommunalpolitik darin sehen, die Verhandlungen der Gemeindepärlamente zu stören, haben in dem Neuföllner Falle maßlos übertrieben. Im Rathause selbst befand sich überhaupt keine Schutzpolizei; während der Sitzungsbauer ist lediglich von einem Beamten ein Telefon im Rathause zum Weitergeben einer Meldung benutzt worden. Der Anblick dieses einen Polizisten hat aber die kampfesmutige Kommunistenfraktion in derartige Erregung versetzt, daß sie diese Szenen in der Bezirksversammlung aufführten.

Auch unser Genosse, Stadtrat Radtke, betonte, daß die Kommunisten durch ihr Verhalten selbst dazu zwingen, die Freiheit der Beratungen sicherzustellen.

Die Sitzung mußte für einige Zeit unterbrochen werden. Erst später beruhigten sich die Gemüter, zumal die Mehrheit der Versammlung sich damit einverstanden erklärte, in einem Nebenraum mit einer Deputation der Markt- und Straßenhändler über die strittigen Fragen zu verhandeln, was dann auch geschah.

Die Kohlennot der Gaswerke

Zu dem augenblicklichen Kohlenmangel in den städtischen Gaswerken wird heute erklärt, daß der Tagesbedarf der Gasanstalten am gestrigen Mittwoch durch Belieferung mit rund 2500 Tonnen Bahnhölz voll gedeckt werden konnte. Es besteht begründete Aussicht, daß dieses unbedingt notwendige Quantum auch während der nächsten Tage den Gasanstalten geliefert wird und daß man infolgedessen um eine Einschränkung der Gaserzeugung herumkommen wird. Als letztes Mittel bei kritisch werdendem Kohlenmangel bleibt den Gasanstalten immer noch die Sperrung des Koksverkaufs und die Erzeugung von Wasser gas als Zusatz zum Steinkohlengas. Als schärfere Maßnahme käme dann die Herabsetzung des Druckes und schließlich die Wiedereinführung von Gasperkstunden in Betracht, allerdings nur bei einer wesentlichen Verschlechterung der augenblicklichen Lage. Zur Besserung der Kohlenversorgung soll ferner mit allen Mitteln versucht werden, die infolge des Frostes liegengelassenen Röhre mit oberösterreichischer Steinkohle abzuschieben und den Berliner Gaswerken zuzuführen.

Der Reichsverkehrsminister erklärt in einer durch R. V. verbreiteten Mitteilung die Annahme der Stadt Berlin, daß eine schlechte Kohlenbelieferung der Berliner Gasanstalten auf Maßnahmen der Reichsbahn zurückzuführen sei, für unzutreffend. Die Reichsbahn habe sowohl an der Ruhr wie in Oberschlesien in den letzten Tagen keinerlei Wagenausfälle gehabt und die ihr zugeführten Kohlenmengen abgefahren. Die Dienstlohlenbestände der Reichsbahn seien, wenn auch eine Besserung eingetreten sei, immer noch so gering, daß auf eine bevorzugte Belieferung der Eisenbahn aus Betriebsgründen keinesfalls verzichtet werden könne. Die von der Eisenbahn in Anspruch genommenen Mengen seien aber nicht so groß, daß bei der heutigen Wagenstellung und Betriebslage eine Benachteiligung der übrigen lebenswichtigen Betriebe eintreten könne.

Trotz dieser beschwichtigenden Erklärungen gewinnt man den Eindruck, daß die Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke mangelhaft ist. Es muß alles getan werden, um diesen früh von uns wiederergebene Hilferuf des Oberbürgermeisters war jedenfalls im wesentlichen durch die Tatsachen gerechtfertigt.

Der Nord-Südbahnvertrag abgeschlossen

1922 Uebernahme durch die Hochbahn

Zwischen Magistrat Berlin und der Hochbahngesellschaft ist ein Verkehrsvertrag über die Nord-Südbahn zustande gekommen. Die Hochbahn übernimmt den Betrieb der Nord-Südbahn und deren Anschlußstrecken nach Fertigstellung in diesem Jahre auf 30 bis 31 Jahre mit 14 eigenen Vier-Wagen-Zügen und vier Drei-Wagen-Zügen der Nord-Südbahnform. Die Hochbahn führt den Betrieb der Nord-Südbahn mit ihrem Personal. Die Stadt liefert den elektrischen Strom, die Hochbahn übernimmt aber den Betrieb der elektrischen Unterwerke usw. Für die allgemeine Verwaltung werden normal 31 Pf. für jedes auf der Nord-Südbahn gefahrene Wagenkilometer vergütet. Beiden Parteien steht das Recht zu, von drei zu drei Jahren eine Neuverteilung dieser Zuschläge zu fordern. Der für die Betriebsführung zu zahlende Zuschlag auf ihre Selbstkosten beträgt 7,5 v. H.

Die Hochbahn soll am Ueberzuch beteiligt werden. Die Kosten der Ergänzung trägt die Stadtgemeinde. Diese beschließt die Festsetzung der Fahrpreise vor. Die Fahrkarten der Hochbahn gelten auch für die Nord-Südbahn, wenn der Lokalfahrer der Hochbahn zur Einführung gelangt.

Die Einnahmen aus dem Ueberzuchvertrieb gehören der Nord-Südbahn zu einem Teil, der aus dem Verhältnis der auf beiden Bahnen durchgeführten Stationsabschnitte zu ermitteln ist.

Genosse Henke ist in der am letzten Mittwoch stattgefundenen Bezirksversammlung zum stellvertretenden Bürgermeister im Verwaltungsbezirk Reinickendorf gewählt worden. Bei der Abstimmung hatte der Kandidat der Bürgerlichen, Wulken

